Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Florian Ritter

Abg. Matthias Enghuber

Abg. Florian von Brunn

Abg. Dr. Martin Runge

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Joachim Hanisch

Abg. Stefan Löw

Abg. Alexander Muthmann

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Horst Arnold, Stefan Schuster, Klaus Adelt u.

a. und Fraktion (SPD)

zur Änderung des Bestattungsgesetzes (Drs. 18/8546)

- Zweite Lesung -

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Vereinbarung im Ältestenrat 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Florian Ritter von der SPD-Fraktion das Wort.

Florian Ritter (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Bei dem vorliegenden Gesetzentwurf handelt es sich faktisch um einen Einzelgesetzentwurf, der der Gemeinde Chiemsee die Möglichkeit geben soll, den Gedenkstein für den verurteilten Hauptkriegsverbrecher Alfred Jodl, der auf dem Friedhof auf der Fraueninsel steht, zu beseitigen. Er steht an der Grabstätte der Familie, in der noch einige Familienangehörige bestattet sind. Alfred Jodl selbst ist in dem Familiengrab nicht bestattet. Nach seiner Hinrichtung im Jahr 1946 wurde seine Asche in einem Seitenarm der Isar verstreut. Somit geht es nicht um die Beseitigung des Familiengraves, sondern es geht um die Beseitigung des Kenotaphs, also des Gedenksteins. An diesem Kenotaph ist zwar inzwischen eine Steinplatte angebracht worden, mit der der Schriftzug "Alfred Jodl" und das Geburts- und Sterbedatum verdeckt werden, auch ein kleiner Busch steht dort mittlerweile, aber der Gedenkstein an sich ist zwischen zwei kleineren Grabsteinen des Familiengrabs noch vorhanden.

Gedenksteine und Denkmäler für verurteilte NS-Hauptkriegsverbrecher sind auf Friedhöfen nicht hinnehmbar.

(Beifall bei der SPD)

Sie bieten auch die Gefahr, zu Pilgerstätten rechtsextremer Gruppierungen und ihrer Anhänger zu werden. Im Freistaat Bayern ist kein Platz für die Ehrung eines NS-Haupttäters.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb wollen wir mit unserem Gesetzentwurf eine spezielle Rechtsgrundlage zum Erlass kommunaler Satzungen schaffen, die solche Gedenksteine und Denkmäler unterbinden können. Dieser Fall beschäftigt den Bayerischen Landtag schon seit Längerem. Dazu gab es auch Eingaben. Den Behauptungen der CSU-Fraktion im Innenausschuss des Landtages, die Kommune könne eine entsprechende Satzung bereits jetzt erlassen, hat das Verwaltungsgericht München in einer Entscheidung widersprochen. Die GRÜNEN raten in diesem Zusammenhang zu einer einvernehmlichen Regelung zwischen Gemeinde und Familie und haben den Gesetzentwurf auch heftig kritisiert, was uns etwas verwundert hat; denn eine einvernehmliche Lösung ist bisher nicht zustande gekommen, und es ist zu befürchten, dass es dazu auch in Zukunft nicht kommen wird. Noch bestehen Nutzungsrechte an der Grabstelle, die verhindern, dass das Grab in naher Zukunft aufgelöst wird. Auch wünscht die Familie, das Grab weiter zu nutzen.

Mit dem Gesetzentwurf, der heute vorliegt, hätte die Gemeinde, falls dauerhaft keine Einigung zustande kommt, eine klare rechtliche Handhabe zur Entfernung des Gedenksteins.

(Beifall bei der SPD)

Die Gemeinde hat die Angelegenheit zwar in einer nichtöffentlichen Sitzung behandelt, hat sich aber noch nicht endgültig positioniert. Vonseiten der SPD-Fraktion als Initiatorin des Gesetzentwurfs hätte es sogar die Bereitschaft gegeben, diesen Gesetzentwurf zurückzuziehen, wenn sie vom Bürgermeister die glaubwürdige Aussage erhalten hätte, dass der Gedenkstein beseitigt wird. Das ist aber leider nicht erfolgt.

Wir bitten Sie daher um Zustimmung zu unserem Gesetzentwurf.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist Herr Kollege Matthias Enghuber von der CSU-Fraktion. Herr Enghuber, bitte schön.

Matthias Enghuber (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die SPD will laut ihrem Gesetzentwurf das Bestattungsgesetz ändern. Eigentlich – wie es der Kollege gerade ausgeführt hat – geht es um genau einen Friedhof und um nur eine Grabstätte. Nach konstruktiven Diskussionen im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport hatte ich gehofft, Sie würden die Sinnfreiheit dieses Gesetzentwurfs anerkennen und ihn vielleicht zurückziehen. Das ist leider nicht geschehen. Deshalb nehme ich mir gerne die Zeit, um die Argumente für unsere Ablehnung heute Abend hier vor dem Hohen Haus nochmals vorzutragen.

Das Ziel Ihres Gesetzentwurfs ist es, eine Regelung zu schaffen, die es den Friedhofsträgern ermöglicht, das Aufstellen von Gedenksteinen und Denkmälern für verurteilte Hauptkriegsverbrecher zu verbieten bzw. die Entfernung bereits bestehender Steine anzuordnen. Völlig außer Frage steht – und hierin sind wir uns, glaube ich, alle hier im Haus einig –, dass jede Art des Andenkens an verurteilte Hauptkriegsverbrecher widerwärtig ist, unserem Geschichtsverständnis wie auch unserer demokratischen Grundüberzeugung zuwiderläuft und deshalb auf das Schärfste abzulehnen ist. Das ist zumindest im allergrößten Teil der Bevölkerung Konsens. Die verantwortlich handelnden Personen und die mit ihnen verbundenen Taten, die Deutschland, Europa und die ganze Welt in die größte Katastrophe des 20. Jahrhunderts, in Leid und Elend ohne Beispiel und Maßstäbe geführt haben, verdienen keine Form des ehrenden oder sentimentalischen Andenkens. Da wir Geschichte nicht ungeschehen machen können, ist es unser Auftrag, Geschehenes zu verstehen, Lehren zu ziehen, die heutige und die künftige Generation aufzuklären und damit zu verhindern, dass sich Derartiges wiederholt.

Die Frage ist allerdings, welchen Mehrwert, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Sie sich von Ihrem Gesetzentwurf erwarten. Bereits nach geltender Rechtslage können die Gemeinden im Rahmen ihrer Satzungsautonomie in ihre Friedhofssatzungen Bestimmungen aufnehmen, die Gedenksteine oder Denkmäler für NS-Hauptkriegsverbrecher auf Friedhöfen verbieten. Regelungen mit dem Ziel, dass Denkmäler oder Gedenksteine nicht zu Pilgerstätten für Rechtsextreme werden, wie Sie es in Ihrer Problembeschreibung des Gesetzentwurfes ausführen, sind von der Satzungsermächtigung des Artikels 24 Absatz 1 Nummer 1 der Gemeindeordnung umfasst. Um die öffentliche Ordnung, die pietätvolle Bestattung und das Andenken an Verstorbene zu gewährleisten, kann und muss jede Gemeinde als Friedhofsträger in ihre Satzung nötigenfalls auch Verbote und Vorgaben aufnehmen, die Auswüchse, wie Sie sie hier beschreiben, verhindern.

Sie möchten also via Gesetzesinitiative Gemeinden etwas ermöglichen, was ohnehin in deren Wirkungskreis liegt und bereits jederzeit nach geltender Rechtslage von den Gemeinden geregelt werden kann. Der unbedarfte Leser Ihres Gesetzentwurfs muss wohl auf die Idee kommen, auf praktisch jedem Friedhof in Bayern würde mittels Grabstätten, Gedenksteinen oder Denkmälern verurteilter Hauptkriegsverbrecher gedacht. Ein Graus, wenn es so wäre, und noch schlimmer, wenn die Gemeinden dem machtlos gegenüberstehen würden.

In der Begründung zu Ihrem Gesetzentwurf kommen Sie auf die eigentliche Sachlage zu sprechen. Sie haben das auch gerade ausgeführt. Nach Auflösung des Hess-Grabes in Wunsiedel geht es nämlich nur noch um genau eine Stelle in ganz Bayern: Auf der Fraueninsel im Chiemsee erinnerte bis vor Kurzem ein Kenotaph an den Chef des Wehrmachtsführungsstabs Alfred Jodl. Zwischen den Grabsteinen seiner beiden Ehefrauen, die dort tatsächlich bestattet sind, befand sich ein großes Steinkreuz mit dem Namen, dem Dienstgrad – Generaloberst –, dem Geburts- und Sterbedatum von Alfred Jodl. Im Vergleich zum erwähnten Grab in Wunsiedel war die Fraueninsel, Gottlob, bis heute nie ein Ort neonazistischer Aufmärsche oder Kundgebungen. Bekannt

wurde die Sache durch mehrere Petitionen an den Bayerischen Landtag. Diese wurden immer mit dem Verweis auf die gesetzlichen Möglichkeiten der Gemeinde für erledigt erklärt.

Die Gemeinde Chiemsee hat die Friedhofssatzung nicht neu gefasst, sondern auf das Auslaufen des Grabnutzungsrechtes gesetzt und wollte dieses auch nicht mehr verlängern. Damit wäre das Grab inklusive des Kenotaphs verschwunden. Auch die Grabnutzungsberechtigten zeigten durchaus Gesprächsbereitschaft. Durch ungesetzliche Akte der Selbstjustiz wurden die Fronten vor Ort aber derart verhärtet, dass eine einvernehmliche Lösung nicht mehr realisierbar war.

Das Verwaltungsgericht München hat mit Urteil vom 26. März 2019 einen Anspruch des Grabnutzungsberechtigten auf Verlängerung des Nutzungsrechtes für weitere 20 Jahre festgestellt. In der Urteilsbegründung weist das Gericht unter anderem darauf hin, dass die Sicherstellung der öffentlichen Ordnung auf dem Friedhof auch durch mildere Mittel als den Entzug des Nutzungsrechts möglich wäre. Daraufhin hat der Landtag eine in ihrem Wesen nicht neue, sondern durchaus bekannte Petition noch einmal neu verhandelt. Der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport hat in seiner Sitzung am 12. Februar 2020 die Eingabe einstimmig der Staatsregierung zur Würdigung überwiesen. Wir waren uns nämlich im Ausschuss der geltenden Rechtslage durchaus bewusst, haben dennoch unsere Missbilligung des Andenkens an Alfred Jodl zum Ausdruck bringen wollen.

Es gibt keine rechtliche Grundlage, die Gemeinde ungeachtet des kommunalen Selbstverwaltungsrechtes und gegen den Willen des Grabnutzungsberechtigten zu einer Beseitigung des Steins zu verpflichten. Die Entscheidung, ob das Kenotaph weiter geduldet werden soll, liegt auch weiterhin, auch mit Ihrem Gesetzentwurf, bei der Gemeinde. Daran würden Sie also nichts ändern.

Das einstimmige politische Signal des Ausschusses hat aber gefruchtet. Deshalb danke ich Ihnen, dass Sie diesen Gesetzentwurf nun doch noch einmal eingebracht

haben; denn das erinnert mich, lieber Herr Kollege Dr. Martin Runge, immer wieder an unseren Ausflug auf die Fraueninsel im Chiemsee im Sommer dieses Jahres. Es war ein ganz netter Ausflug, bei dem wir uns ein Bild von der Sachlage vor Ort machen konnten. All denen, denen es noch nicht bekannt ist, darf ich es vortragen: Der Grabnutzungsberechtigte hat die Stelle, an der die Inschrift an Alfred Jodl erinnerte, durch eine fachmännisch von einem Steinmetz angebrachte Steinplatte verdecken lassen und damit dauerhaft dafür gesorgt, dass die Erinnerung an Alfred Jodl an der Stelle nicht mehr sichtbar ist. Auf dem Steinkreuz ist noch immer das Eiserne Kreuz zu sehen, das stimmt. Das kann aber ebenfalls an Ferdinand Jodl erinnern, der im Ersten Weltkrieg bei den Gebirgstruppen gedient hat. Das Eiserne Kreuz – kleine Geschichtsnachhilfe – ist kein nationalsozialistisches Symbol, sondern es geht vielmehr auf die preußischen Befreiungskriege gegen Napoleon zurück und wurde erstmals von König Friedrich Wilhelm III. gestiftet. Seither wird das Eiserne Kreuz mit dem Militär in Deutschland verbunden. Es ist auf unzähligen Grabmälern, Kriegerdenkmälern und auch heute noch bei der Bundeswehr zu sehen.

Bei dem erwähnten Ortstermin haben wir auch mit dem neu gewählten Bürgermeister gesprochen. Er hat uns versichert, dass die Gemeinde mittlerweile an einer Neufassung der Friedhofssatzung arbeitet. Diese soll den Gesamtrahmen des Friedhofs, der unter Ensembleschutz steht, schützen und auch das Dauerproblem des Jodl-Grabs lösen. Anders als die SPD-Fraktion, sehr geehrter Herr Kollege, schenken wir den Ausführungen des Bürgermeisters Krämer auch durchaus Glauben. Sie sehen also, der Grabnutzungsberechtigte hat einen Beitrag zur Lösung des Problems geleistet. Die Gemeinde ist dabei, das Ihrige zu tun. Als Gesetzgeber müssen wir hier nicht handeln. Der Gegenstand Ihres Gesetzentwurfs ist ein Einzelfall, es geht um eine reine Lex Jodl.

Aufgrund des Fortgangs der Ereignisse auf der Fraueninsel ist es nicht notwendig, dieses Gesetz hier zu verabschieden. Zusätzlich zielen Sie darauf ab, das geltende Recht zu konkretisieren, aber eben nicht zu ändern. Sie laden die Verantwortung wie-

der bei den Gemeinden ab. Deshalb wäre Ihr Gesetzentwurf sogar für den Fall, dass sich auf der Fraueninsel nichts geändert hätte, absolut nutzlos.

Abschließend möchte ich sagen, dass mich eigentlich eine ganz andere Sorge umtreibt. Ich habe es schon bei der Ersten Lesung geäußert und wiederhole es gerne. Sie haben mit Ihrem völlig überflüssigen Gesetzentwurf der Situation auf der Fraueninsel zu einer überregionalen Geltung verholfen und große Aufmerksamkeit erregt. Damit sind Sie bewusst das Risiko eingegangen, dass die Ruhe, die bisher –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, denken Sie an das Ende Ihrer Redezeit.

Matthias Enghuber (CSU): – auf der Fraueninsel herrschte, der Vergangenheit angehört und eben doch die nationalsozialistischen Umtriebe dort auftreten können, die bisher, Gott sei Dank, nicht stattgefunden haben.

Ich wünsche also allen Bewohnern der Fraueninsel und allen Beteiligten, insbesondere dem Gemeinderat, –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende, aber Herr Kollege von Brunn hat sich noch zu Wort gemeldet.

Matthias Enghuber (CSU): – die Ruhe, die sie brauchen, um ihren Weg weiterzugehen. – Herr von Brunn, bitte schön.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr von Brunn, Sie haben das Wort für eine Zwischenbemerkung.

Florian von Brunn (SPD): Herr Kollege, ich wundere mich, dass Sie Ihren Besuch auf der Fraueninsel in diesem bestürzenden Fall als netten Ausflug mit Herrn Kollegen Runge bezeichnen. Das kommentiert sich eigentlich selbst. Ich wundere mich auch, dass Sie fragen, was wir uns davon erwarten.

(Unruhe)

Ich kann Ihnen sagen, was wir uns davon erwarten: Wir erwarten, dass der Nazi-Gedenkstein für Jodl endlich wegkommt. Das erwarten wir, und das verlangen wir auch. Ich wundere mich auch, dass Sie sich überhaupt trauen, in diesem Fall auf uns zu zeigen, angesichts des Nichthandelns, des Zuschauens, des Zuwartens vonseiten der FREIEN WÄHLER und der CSU. Wir sind es jedenfalls leid, dieses peinliche Theater, diese geschichtsvergessene Untätigkeit und dieses Hinschleppen noch weiter zu dulden.

Weil Sie hier die Behauptung aufstellen, die rechtliche Grundlage sei da, sage ich Ihnen: Das Gegenteil ist der Fall. Darauf hat das Verwaltungsgericht hingewiesen, und damit hat sich auch die Gemeinde seit Jahren aus der Causa herausgeredet.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Enghuber, bitte.

Matthias Enghuber (CSU): Sehr geehrter Herr Kollege von Brunn, ich wiederhole jetzt nicht alle Argumente, die ich gerade aufgezählt habe, und auch nicht die Schilderung des Besuchs vor Ort. Der Ausflug war nett, nicht nur wegen der Person des Kollegen Martin Runge, sondern er war vor allem nett, weil wir gesehen haben, wie sehr sich der Bürgermeister und der Gemeinderat auf der Fraueninsel bemühen, mit dem Petenten ein Einvernehmen herzustellen und dieses Problem auf der Fraueninsel nachhaltig zu lösen. Wir stehen dafür, wir, die CSU, die FREIEN WÄHLER, die GRÜNEN und die FDP, alle, die den Gesetzentwurf bisher immer abgelehnt haben, dass wir die Probleme gemeinsam mit den Kommunen und den Bürgermeistern lösen. Das wollen wir auch weiterhin so halten. Es ist sehr wohl schon jetzt möglich, gegen dieses Kenotaph vorzugehen. Wenn Sie mir zugehört haben, dann haben Sie auch gehört, dass es gar nicht mehr sichtbar ist. Der Weg zur Entfernung wurde begangen und wird weiter beschritten. Deshalb ist Ihr Gesetzentwurf absolut nutzlos, und deshalb lehnen wir ihn ab. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist Herr Kollege Dr. Martin Runge von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Mit dem im Februar im Innenausschuss einstimmig gefassten Beschluss zu den beiden letzten Jodl-Petitionen – § 80 Nummer 3, Würdigung – hat der Landtag meines Erachtens ein ganz eindeutiges Statement abgegeben. Dieses Statement heißt: Es darf keine Erinnerungsgegenständlichkeit für den Kriegsverbrecher Alfred Jodl geben. Der eben genannte Beschluss war eine radikale Abkehr von der bisherigen Beschlusspraxis des Landtags. Da gab es einige unsägliche Beschlüsse zu dieser Causa, das gestehe ich der SPD zu. Dieses Mal war es aber eine radikale Abkehr; denn der Landtag hat nicht gesagt: Wir übernehmen das, was die Staatsregierung sagt, sondern wir sagen: § 80 Nummer 3, Würdigung.

Wir wissen alle, was das heißt. An dieser Stelle sage ich noch einmal Dank an all diejenigen in der CSU, die daran mitgewirkt haben – das war im Vordergrund Herr Enghuber, im Hintergrund, wie mir gesagt worden ist, Herr Freller –, ihre Fraktion von der Richtung, die auch wir für die richtige halten, zu überzeugen.

Die in der Sitzung anwesende Mitarbeiterin des Innenministeriums hat sich dann auch sofort gedreht. Sie hat dann sofort zugesagt, das Ministerium würde der Gemeinde bei ihrem Einsatz für einen Rückbau helfen. Der Gemeinderat – das sei kurz angesprochen – hatte schon einmal mehrheitlich entschieden, dass die Grabnutzung nicht verlängert wird. Das Verwaltungsgericht München hat das dann leider mit Entscheidung vom 26.03.2019 kassiert. Das geschah aber aus anderen Gründen, als sie Herr Ritter gerade aufgeführt hat. Ich bitte darum, diese Entscheidung doch einmal durchzulesen.

Es gab einen Ortstermin. Die Gemeinde hat sich nicht glücklich angestellt und hat gesagt, sie habe nicht genug Platz. Sie waren dann dort und haben festgestellt, dass es selbstverständlich noch genug Platz gibt. Die Begründung war also eine ganz andere als die, die hier vorgetragen wurde.

Aktuell ist die Gemeinde wieder dabei, in der Angelegenheit über Verhandlungen mit dem Großneffen, dem letzten hinterbliebenen direkten Verwandten der im Grab bestatteten Menschen, voranzukommen. Hier gibt es das Signal: Wenn die Großtanten nicht mehr am Leben sind, dann wird das Grab aufgelassen werden.

Selbstverständlich wollen auch wir den Rückbau möglichst schnell. Niemand weiß, wie lange die Damen noch leben. Der Rückbau des großen stehenden Grabdenkmals ist die beste Lösung. Auch daran wird über Verhandlungen gearbeitet. Das lässt sich aber eben nicht mit der Brechstange erreichen.

Eins muss ich ganz klar sagen: Es geht doch logisch überhaupt nicht zusammen, der Gemeinde auf der einen Seite vorzuhalten, sie hätte unter Verweis auf die zu große Dimensionierung – nach der Satzung dürften die Grabmäler gar nicht so groß sein – oder unter Verweis auf Erregen eines öffentlichen Ärgernisses gegen dieses Grabdenkmal vorgehen können, tue das aber nicht. Auf der anderen Seite will man der Gemeinde mit einem neuen Gesetzentwurf noch mal eine Handhabe geben, das, was sie jetzt schon angeblich nicht bereit zu tun ist, über eine entsprechende Satzungsregelung zu machen. Das gibt für mich logisch keinen Sinn.

Ich habe das auch letztes Mal schon gesagt: Wenn wir nicht weiterkämen, dann müssten wir gleich das Bayerische Bestattungsgesetz dahin gehend ändern, dass es gemäß Landtag solche Erinnerungsgegenständlichkeiten definitiv nicht geben darf.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Herr von Brunn, Sie können ja nachher noch reden. Herr von Brunn, die Frage ist jetzt tatsächlich: Wie kämen wir dann weiter, wenn wir das hätten? Wie richtig dargestellt worden ist, ist über der Inschrift des großen Denkmals mittlerweile eine Platte. Diese deckt den Namen von Alfred Jodl, den Titel, den er führte, Geburts- und Sterbedatum zu. Ist das dann tatsächlich noch ein Kenotaph? Ist es tatsächlich noch ein Scheingrab? – Aber gut, wir könnten versuchen, das durchzustreiten.

Ich habe letztes Mal gesagt, dass wir uns von der SPD-Fraktion gerne davon überzeugen lassen, dass ihr Gesetzentwurf Sinn macht. Diese Überzeugung ist bisher nicht gelungen. Kollege Florian Ritter hat ja den besten Beweis dafür geliefert, dass er keinen Sinn macht. Er hat gesagt, der Bürgermeister habe signalisiert, die Gemeinde sei zum Handeln nicht bereit. – Wenn die Gemeinde nicht bereit ist, was soll denn dann noch eine weitere Ermächtigung nützen? Ich halte diesen Gesetzentwurf insofern für nicht hilfreich.

Sie können versichert sein: Wir haben mehrfach mit dem Bürgermeister und mit mehreren Gemeinderäten gesprochen. Hier ließ sich durchaus der Wille erkennen, etwas gegen dieses Grabmal zu tun. Es geht aber nicht gegen den, sondern aktuell nur mit dem Inhaber der jetzigen Grabnutzung. Dass dieser bereit dazu ist, hat sich auch schon im Mai gezeigt. Er ist da einen ganz, ganz großen Schritt gegangen.

Wie gesagt, auch mir wäre es am liebsten, dieses große stehende Grabdenkmal wäre auch noch weg. Wir alle sollten versuchen, das möglichst rasch zu erreichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Abgeordneter, bleiben Sie bitte zu einer Zwischenbemerkung des Abgeordneten von Brunn da. – Herr von Brunn!

Florian von Brunn (SPD): Herr Kollege Runge, diese ganze Angelegenheit bezüglich des Denkmals für einen der schlimmsten Kriegsverbrecher, Alfred Jodl, schleppt sich seit Jahren hin. Es ist schön, dass die Petitionen vom Landtag entsprechend gewürdigt worden sind. Das finden auch wir gut. Es ist doch aber – wie Sie das machen – überhaupt kein Ansatz zu sagen, wir suchten jetzt weiter nach einer gütlichen Einigung.

Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, dass das für mich Rumgeeiere ist. Ich hätte mir von den GRÜNEN etwas anderes erwartet. Wenn Sie an unserem Gesetzentwurf

etwas auszusetzen haben, können Sie jederzeit Änderungsvorschläge unterbreiten. – Von Ihnen kam nichts außer Ablehnung, weil Sie lieber nette Ausflüge gemacht haben.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr von Brunn, Sie haben mir letztes Mal zugerufen: Mit Ihnen rede ich gar nicht mehr! – Interessant, dass Sie jetzt doch wieder mit mir reden. Ich bin altersmilde

(Heiterkeit)

und gehe gerne auf Ihre Fragen ein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihr Vorschlag ist einfach untauglich und bringt schlechte Stimmung in den Gemeinderat. Sie haben selber gesagt: Die Gemeinde will nicht und bewegt sich nicht. Dann machen Sie einen Vorschlag, mit dem Sie der Gemeinde noch einmal eine Handhabe geben wollen, damit sie sich bewegen kann. Wie, glauben Sie, wird sich die Gemeinde denn dann bewegen? – Ich empfehle Ihnen, sich tatsächlich einmal ernsthaft mit dem Bürgermeister und den Gemeinderäten vor Ort auseinanderzusetzen. Das haben Sie nach meiner Kenntnis nicht gemacht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Kollege. – Als nächsten Redner rufe ich Herrn Joachim Hanisch von der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf.

Joachim Hanisch (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben den Gesetzentwurf schon ein paar Mal behandelt. Seit Jahren haben wir immer wieder die gleichen Petitionen im Innenausschuss gehabt. Ich muss feststellen, dass die Lösung eigentlich relativ einfach wäre; im Prinzip gibt es schon eine halbe Lösung. Diese Inschrift mit den Titeln existiert nicht mehr. Sie ist ver-

deckt. Der Stein steht noch, weil uns zu dessen Entfernung die rechtliche Handhabe fehlt und die Kommune dazu noch eine entsprechende Satzung erlassen muss.

Ich würde mich hier als jemand, der das erreichen will, was Sie mit Ihrem Gesetzentwurf erreichen wollen, hinstellen und sagen: Toll, was der Innenausschuss mit dieser Petition angestellt hat. Wir haben Würdigung gemäß § 80 Nummer 3 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag erreicht. Wir haben erreicht, dass sich der Gemeinderat damit beschäftigt. Wir haben erreicht, dass diese Inschrift weggekommen ist. Auch der Titel des Verstorbenen ist weg. Es weist also nichts mehr auf die NS-Zeit hin. Das ist bereits von einem meiner Vorredner gesagt worden. Dieses Kreuz, das auch dort ist, hat wirklich keinen Bezug zum NS-Verbrechen.

Insofern wäre eigentlich allen geholfen, und die Angelegenheit erledigt. Jetzt kommen Sie mit diesem Gesetzentwurf, der Gedenksteine – Denkmäler für verurteilte NS-Hauptkriegsverbrecher – verbieten und deren Entfernung durchführen will.

Was Sie erreichen wollen, ist im Zuständigkeitsbereich der Kommunen ganz klar geregelt. Die Kommunen können dann, wenn sie eine entsprechende Satzung erlassen, regeln, dass solche Denkmäler auf ihrem Friedhof nichts zu suchen haben.

Herr von Brunn, jetzt kommen Sie und auch Sie, Herr Ritter, daher und sagen, es sei gar nicht richtig, dass das erlaubt ist. Wir sagten hier etwas Falsches. Das Verwaltungsgericht habe anders entschieden. – Lesen Sie doch einmal, was das Verwaltungsgericht entschieden hat!

(Zuruf von der SPD)

Das Verwaltungsgericht hat nicht über diese Denkmäler, sondern darüber entschieden, dass die Ruhefrist für dieses Grab verlängert werden muss. Es geht um die Leute, die in diesem Grab beerdigt sind. Der Jodl ist da nicht beerdigt. Es geht um seine zwei Frauen, die in diesem Grab beerdigt sind. Im Urteil des Verwaltungsgerichts ging es um die Ruhefrist hierfür.

Ihr Antrag ist ein ganz anderer. Sie wollen, dass die Inschrift entfernt wird. – Sie ist entfernt. Sie wollen, dass der Stein entfernt wird, auf dem jetzt nichts mehr draufsteht.

(Zuruf)

– Die Inschrift ist durch eine Platte, die draufgekommen ist, verdeckt worden. Sie können da nichts mehr lesen. Fahren Sie doch mal hin, schauen Sie es sich an! Dann hätte Ihr Gesetzentwurf wenigstens erreicht, dass auch Sie einen schönen Ausflug machen können.

(Heiterkeit)

Ich verstehe das einfach nicht mehr. Sie haben erreicht, was Sie wollten. Jetzt hören Sie aber trotzdem nicht auf.

Die Gemeinde hat uns durch den Bürgermeister zugesichert, dass sie ihre Satzung schon vorher ändern wollte und jetzt immer noch ändern will. Sie wollen in die Satzung aufnehmen, dass dieser Stein wekommt.

Insofern ist doch alles erreicht, was Sie wollen. Ihr Gesetzentwurf würde, wenn man ihn zerlegt – das haben die Vorredner schon gesagt –, genau dazu führen, dass die Zuständigkeit wieder an den Gemeinderat gegeben wird. Was dort entschieden würde, hätten Sie wieder nicht in der Hand. Ich glaube, wir sollten diese Geschichte insofern als fast erledigt betrachten. Wir werden dem Gesetzentwurf deshalb aus den genannten Gründen nicht zustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Als nächsten Redner rufe ich den Abgeordneten Stefan Löw, AfD-Fraktion, auf.

(Beifall bei der AfD)

Stefan Löw (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die Vorredner haben es schon ausreichend erläutert. Dieser Gesetzentwurf fußt rein auf der Inschrift zu Alfred Jodl, aber diese Angelegenheit konnten wir bereits im Ausschuss einstimmig klären. Einer speziellen Regelung bedarf es hier also nicht mehr. Auch können die Gemeinden das aktuell in ihrer Friedhofssatzung regeln. Ein Mehrwert ist für die Kommunen durch diesen Gesetzentwurf nicht ersichtlich. Wir lehnen ihn daher ab.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Als nächsten Redner rufe ich den Abgeordneten Alexander Muthmann, FDP-Fraktion, auf.

Alexander Muthmann (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist jetzt schon x-fach erläutert worden, wie wir alle zusammen diesen Gesetzentwurf bewerten. Ich will nur noch einen Punkt ansprechen, der mir schon aufstößt und den ich an dieser Stelle für völlig unpassend halte. Der Kollege Brunn hat schon bei der Ersten Lesung zu diesem Gesetzentwurf die grundsätzliche Frage aufgeworfen, wie wir mit unserer Nazi-Vergangenheit umgehen. Auch heute hat er jetzt noch einmal gegenüber all denen, die Ablehnung signalisiert haben, auch den Vorwurf der Geschichtsvergessenheit anklingen lassen.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Das ist übel; denn diese Fragen sind an dieser Stelle gerade nicht zu diskutieren. Das ist völlig klar, es war in der Ersten Lesung völlig klar, und es war auch in den Ausschussberatungen klar. Genauso hat es insbesondere der Kollege Enghuber an dieser Stelle noch einmal breit ausgeführt, ich will es nicht erneut wiederholen müssen, als wie widerwärtig wir jede Art von Andenken, von Gedenken an die Nazi-Vergangenheit, an Kriegsverbrecher aller Art bewerten. Das sollte uns doch an dieser Stelle einen.

Dann bleibt auch nur noch die Frage, ob es diesen Gesetzentwurf an dieser Stelle braucht oder ob wir auch so angesichts der Entwicklungen, die meine Vorredner jetzt schon mehrfach geschildert haben, zu einem zumindest akzeptablen Ergebnis kommen. Dass wir insgesamt am liebsten alle zusammen diesen Friedhof ohne ein Jodl-Grab sehen würden, ist das eine, aber das geht an dieser Stelle so nicht, und das geht auch mit diesem Gesetzentwurf der SPD nicht. Er ist halt ohne besonderen Mehrwert.

Zuletzt – und ich meine, das dürfen wir auch sagen – würden wir die Berechtigung der Familie Jodl, ein Grab, wo auch immer, zu haben, durch diesen Gesetzentwurf nicht infrage stellen, aber auch sonst nicht infrage stellen. Alles andere ist mehrfach gesagt, das brauche ich nicht zu wiederholen.

Sehr geehrter Herr Kollege Brunn, lassen Sie es bitte, die Ablehnung dieses Gesetzentwurfs mit dem Vorwurf zu verbinden, es wäre ein Akt der Geschichtsvergessenheit. Damit kommen wir nicht weiter, und da werden auch politische Gruppen und Fraktionen auseinanderdividiert, die sich an dieser Stelle der Geschichte, die wir auch zu verarbeiten haben und der wir uns auch immer bewusst sein müssen, gemeinschaftlich begegnen müssen. Daran besteht an dieser Stelle auch kein Zweifel.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Weitere Redner sehe ich nicht. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Der federführende Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport empfiehlt den Gesetzentwurf zur Ablehnung. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Gesetzentwurf der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/8546 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der SPD. Gegenstimmen! – Fraktionen der GRÜNEN, FREIE WÄHLER, CSU, FDP, AfD und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Wer Enthält sich? – Enthaltungen sehe ich keine. Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.